

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Ausschußprotokoll **11/507**

11. Wahlperiode

12.03.1992

ni-sz

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

22. Sitzung (nicht öffentlich)

12. März 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- | | |
|--|---|
| a) Schreiben des Innenministers, betreffend Nichtteilnahme an dieser Sitzung | 1 |
| b) Reise des Ausschusses vom 31. August bis zum 3./4. September nach Brandenburg zur Information über den Einsatz nordrhein-westfälischer Beamter in Brandenburg | 1 |

Es werden Vorschläge zur Ausgestaltung der Reise unterbreitet.

- | | |
|---|---|
| c) Antrag der CDU-Fraktion, in die heutige Tagesordnung den Punkt "Entwicklung der Straffälligkeit bei Asylbewerbern" aufzunehmen | 2 |
|---|---|

1 Aktuelle Viertelstunde

- a) Tötungsdelikt am 30. Dezember 1991 in Dortmund (Bitte der CDU-Fraktion um Berichterstattung)**

Vorlage 11/1113

3

Abgeordnete Decking-Schwill (CDU) leitet den von ihr vorgetragenen Fragenkatalog dem Innenminister und den Ausschußmitgliedern zu. Der Vorsitzende will das Thema in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufnehmen.

- b) Durchsuchungsaktion der Kölner Polizei in Drogen-Kontaktcafés (Bitte des Abgeordneten Appel [GRÜNE] um einen Bericht)**

5

- c) Verlauf der Demonstration der FAP und anderer neonazistischer Gruppen am 8. Februar 1992 in Bonn (Bitte des Abgeordneten Appel [GRÜNE] um einen Bericht)**

5

2 10. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1990

Vorlage 11/377

in Verbindung damit:

Zweiter Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden

Unterrichtung durch die Landesregierung zur Beratung
Drucksache 11/3175

und

Stellungnahme der Landesregierung zum 10. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Dezember 1990

Unterrichtung durch die Landesregierung zur Beratung
Drucksache 11/3176

7

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen folgende Stichworte: Sozialdatenschutz/Schengener Abkommen, ISDN, erkennungsdienstliche Maßnahmen bei der Erfassung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen, Hooligan-Datei, Verhältnis Datenschutzbeauftragter : Landeskriminalamt, Geheimschutzgesetz, Gemeindeordnung, Landesbeamtengesetz/Personalaktenrecht und Beihilfenverordnung.

3 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3080

12

Der Ausschuß will das Votum des Rechtsausschusses abwarten.

4 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181

13

Der Ausschuß will sich zunächst an der vom federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales geplanten Anhörung beteiligen.

5 Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des NationalsozialismusGesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2827

in Verbindung damit:

Bundratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Unrecht"Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2838
Vorlagen 11/1058 und 11/1063

13

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, eine öffentliche Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P., ein Sachverständigengespräch vorzusehen, wird einstimmig angenommen.

Die Abgeordneten Opladen, Heemann, Appel und Larisika-Ulmke werden dieses Sachverständigengespräch vorbereiten, damit Fragenkatalog und Sachverständigenliste in der Sitzung des Ausschusses am 26. März beschlossen werden können.

6 Umsetzung der Empfehlungen der "Burger-Kommission" zum Thema Effizienzsteigerung der Landesverwaltung aus der vorigen Wahlperiode

Vorlage 11/1147

15

Im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt kommt der Ausschuß überein, von der Präsidentin Klärung zu erbiten, weshalb in Fällen wie dem vorliegenden die Fraktion, von der die Anregung zur Behandlung eines Themas ausgeht, in der Einladung nicht genannt werden darf.

Da der Bericht zu dem Themenfeld "Personal" aufgrund fehlender Angaben einzelner Ressorts noch nicht erstellt werden können, soll der gesamte Komplex in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufgenommen werden.

7 Innen- und verfassungspolitische Gesetzgebungsvorhaben der Landesregierung in der 11. Wahlperiode

16

Siehe Diskussionsprotokoll.

- 8 Vorstellungen der Landesregierung für den künftigen Aufgabenschnitt des Landeskriminalamtes** 17

Ein Vertreter des Innenministers erstattet Bericht.

- 9 "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung"**

Arbeitsweise und Beteiligung des Landes an der Arbeitsgruppe des Bundeskriminalamtes 20

Dem Bericht eines Vertreters des Innenministers schließt sich eine kurze Diskussion an.

- 10 Die Gewalt gegen Schwule bekämpfen
Landespolitisches Maßnahmenprogramm**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2144

Vorlagen 11/994, 11/1034, 11/1048 und 11/1100 24

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2144 für erledigt zu erklären, wird einstimmig gegen die Stimme der GRÜNEN angenommen.

Zur Berichterstatteerin wird die **Abgeordnete Opladen (CDU)** bestimmt.

11 Verschiedenes

hier: Große Anfrage der SPD-Fraktion

25

Siehe Diskussionsprotokoll.

4 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181

Der Ausschuß will sich zunächst an der vom federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales geplanten Anhörung beteiligen.

5 Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des NationalsozialismusGesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2827

in Verbindung damit:

Bundratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Unrecht"Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2838
Vorlagen 11/1058 und 11/1063

Abgeordneter Appel (GRÜNE) dankt dem Innenminister für den sehr umfangreichen Bericht. Angesichts einer Reihe von Stellungnahmen aus dem Bereich der Verfolgtenverbände sowohl zu dem Gesetzentwurf als auch zu den Erfahrungen mit den in Berlin und Hessen gültigen Regelungen schlägt er eine Anhörung der einschlägigen Verbände unter Eingrenzung des Themas auf die Klärung des noch bestehenden Handlungsbedarfs seit der 1987 getroffenen Bundesregelung vor.

Angesichts des sehr komplexen Problems spricht sich **Abgeordnete Heemann (SPD)** für - damit bei den Betroffenen nicht unerfüllbare Erwartungen geweckt würden - ein Sachverständigengespräch mit Verbandsvertretern in nichtöffentlicher Sitzung aus, um herauszukristallisieren, welche Personen bisher eventuell unzureichend bedacht worden seien, und zwar unter Auswertung der Berliner und der hessischen Erfahrun-